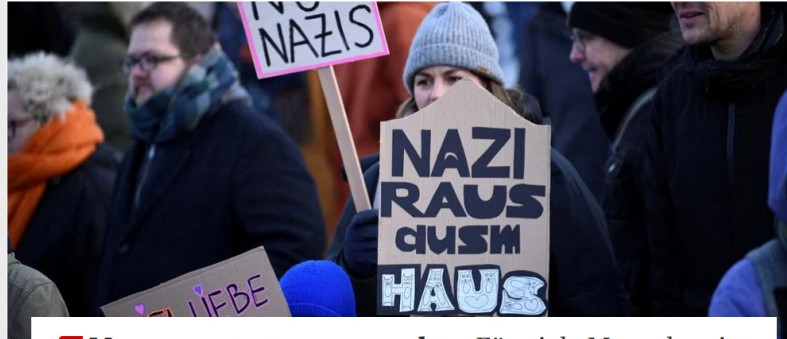


Anzeige



furnicher Hochwertige Esszimmerstühle
Furnicher



T+ Massenproteste gegen rechts „Für viele Menschen ist jetzt der Punkt erreicht, an dem sie sagen: Bis hier hin und nicht weiter“

Ein so großes Bündnis gegen rechts hat es lange nicht gegeben. Ein Protestforscher erklärt, warum die Bevölkerung einen „moral shock“ erlebt und wie daraus eine erfolgreiche Bewegung werden kann.

Von Saara von Alten
Heute, 12:20 Uhr



KOMMENTARE



Herr Grimm, am vergangenen Wochenende sind Hunderttausende Menschen in Deutschland auf die Straße gegangen, um gegen Fremdenhass und Rechtstextremismus zu demonstrieren. War das eine Größenordnung, die Sie als Protestforscher überrascht hat?

Die Größenordnung hat mich definitiv überrascht. Ich war selbst auf der Demo in Berlin, nach unseren Berechnungen waren dort zwischen 210.000 bis 260.000 Menschen. Wenn man die Hunderttausenden aus anderen Großstädten, Hamburg oder München, hinzunimmt, sowie die vielen Kleinstädte, dann ergibt sich ein Gesamtbild, das man auf diese Art und Weise schon länger nicht gesehen hat. Wenn in einer Stadt wie Bamberg fast 7.000 Menschen auf die Straße gehen, was etwa zehn Prozent der Bevölkerung sind, dann ist das schon ein enormes Potenzial. Dass jetzt aber insgesamt demonstriert wurde, hat mich als Protestforscher nicht überrascht, weil es ja auch einen Anlass gab.

→ **Die Tagesspiegel-App** Aktuelle Nachrichten, Hintergründe und Analysen direkt auf Ihr Smartphone. Dazu die digitale Zeitung. Hier gratis herunterladen.

Auslöser für die Demonstrationen waren die Enthüllungen des Netzwerks Korrektiv, die offen gelegt haben, welche Ziele Anhänger und Mitglieder der AfD sowie andere Rechtsnationale verfolgen. Die fremdenfeindliche Gesinnung dieser Gruppen war den meisten Menschen vorher schon bekannt. Woher kam jetzt dieser Mobilisierungseffekt?

Dass dieser Anlass so viele Menschen mobilisiert hat, ist aus der Forschungsperspektive einfach zu erklären. Wir brauchen Vorkommnisse, die komplexe Sachverhalte auf den Punkt bringen und dann zu einem Symbol dafür werden, was eigentlich schief läuft. Das kann ein Gewaltereignis sein, etwa der russische Angriffskrieg auf die Ukraine oder die Massaker vom 7. Oktober, oder auch ein gravierendes Fehlverhalten von Politiker:innen.



Dr. Jannis Julien Grimm ist Politikwissenschaftler. Sein Forschungsschwerpunkt ist die Entstehung von Massenprotesten. Er leitet die Research Group „Radical Spaces“ am Zentrum für interdisziplinäre Friedens- und Konfliktforschung der Freien Universität Berlin.

Für viele Menschen war jetzt der Punkt erreicht, an dem sie gesagt haben, bis hier hin und nicht weiter. In der Wissenschaft wird das als „moral shock“ bezeichnet. Etwas, das unsere Grundüberzeugungen erschüttert. Viele Menschen wissen, welche rechtsextremen Ansichten viele AfD-Mitglieder oder Anhänger der Identitären Bewegung vertreten. Man ist aber bisher davon ausgegangen, dass Deutschland nie wieder ein Land der Täter wird und nie wieder eine Politik Einzug hält, die uns zur Deportation von ganzen Bevölkerungsgruppen zurückführt. Dieser „moral shock“, also die Enthüllung über Pläne zur Vertreibung von Mitmenschen, hat unseren Möglichkeitshorizont ins Wanken gebracht. Das hat die Menschen emotional berührt und auch Ängste getriggert.

In Berlin gab es auch 2018 die „Unteilbar“-Demo mit 250.000 Teilnehmern oder auch Klimaschutz-Proteste mit ähnlich starker Anziehungskraft. Gehen Sie davon aus, dass sich jetzt eine neue Protestwelle entwickelt?

Dass es diese Größenordnung gegen rechts gibt, ist neu. Die „Unteilbar-Demo“ war ein einmaliges Event in der Hauptstadt. Nun ist davon auszugehen, dass es mehrere Demonstrationen in ganz Deutschland gibt, die regelmäßig stattfinden. Und das braucht es auch, um wirklich etwas zu verändern.

Die Akteure, die jetzt dazu aufgerufen haben, haben es geschafft, auch jenseits von vorhandenen Rekrutierungsnetzwerken Menschen zu mobilisieren. Neben den klassischen antifaschistischen und linken Gruppierungen, die sich gegen rechts richten, haben sich auch viele angesprochen gefühlt, die in keiner sozialen Bewegung aktiv sind. Ganz viele Bürger:innen sind einfach nur als Individuen erschienen. Das ist schon ein großes Momentum, so etwas zu erzeugen – und nicht nur an einem Tag.

„Dieser ‚moral shock‘, also die Enthüllung über Pläne zur Vertreibung von Mitmenschen, hat unseren Möglichkeitshorizont ins Wanken gebracht.“

Jannis Julien Grimm, Protestforscher an der Freien Universität Berlin

Kann man jetzt davon ausgehen, dass die Mehrheit der Bevölkerung tatsächlich gegen rechts ist? Und sich sozusagen die Mitte zu Wort gemeldet hat?

Man braucht nicht die Mehrheit, um politisch etwas zu bewegen. Selbst die größten Massenproteste der letzten Jahrzehnte, wie etwa der arabische Frühling oder die Maidan-Demonstrationen, haben es nicht geschafft, mehr als fünf bis zehn Prozent der Bevölkerung auf die Straße zu bringen. Was bemerkenswert war, war das Spektrum an Diversität. Da waren konservative und liberale Bevölkerungsteile dabei, die bürgerliche Mittelschicht, Student:innen, die Klimabewegung, ganz linke antifaschistische Gruppen und viele mehr.

Was die gesellschaftliche Mitte betrifft: Aus der gleichnamigen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung wissen wir, dass ein großer Teil der Mitte ziemlich weit rechts steht, sich aber selbst nicht als rechtsextrem sieht.





In Hannover zählte die Polizei 35.000 Teilnehmende bei der Demonstration gegen Rechtsextremismus und die AfD am Samstag, 20. Januar. © image/future image/MAGG/Ulrich Stamm

Umgekehrt bezeichnen sich viele Menschen als Mitte, die klassische linke Werte vertreten. Stichworte: Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit. Neu ist aber, dass jetzt erstmals seit langem die zuletzt häufig als depolitisiert, lethargisch oder frustriert bezeichnete Mittelschicht aktiv geworden ist. Über die letzten Jahre haben es fast nur noch rechtspopulistische Kräfte geschafft, in der Größenordnung Menschen auf die Straße zu bringen, etwa bei den Protesten gegen die Corona-Maßnahmen.

→ **Enthüllungen um Berliner Ex-Finanzsenator** Peter Kurth soll in ultrarechter Burschenschaft aktiv sein

Die Proteste vom Wochenende richteten sich hauptsächlich gegen Vertreter der AfD und die Verbreitung von rechtsnationalen Gedankengut. Davon distanzieren sich auch die Regierungsmitglieder. Viele haben die Demonstranten sogar gelobt. Erkennen Sie trotzdem einen Auftrag an die Bundesregierung?

In den Reden wurde ein klarer Auftrag an die Regierungspolitik formuliert. Nämlich, dass sie sich von den Ideen, Rhetorik und Programmen der Rechten stärker abgrenzen soll. Einige, nicht alle, fordern ein Parteiverbot der AfD. Auch von der Opposition wird erwartet, dass sie ihre Brandmauer aufrechterhält. Im verbreiteten Slogan „Wir sind die Brandmauer“ steckt da ein ganz expliziter Vorwurf.

„Die Politik muss jetzt die Ängste und Nöte der Bevölkerung angesichts dieser massiven Protestpräsenz umso ernster nehmen.“

Jannis Julien Grimm, Politikwissenschaftler

Die politische Rhetorik ist zuletzt immer rechter geworden. Auch in Wahlprogrammen der CDU wird hauptsächlich das Thema Abschiebungen und Sicherheit thematisiert mit Begriffen wie „irreguläre Migration“.

Es gab in den letzten Jahren eine deutliche Diskursverschiebung nach rechts. Das zeigt die Wahlkampfwerbung der CDU oder auch ein „Spiegel“-Titel, auf dem der Bundeskanzler Olaf Scholz fordert, man müsse in ganz großem Stil abschieben. Die Proteste könnten jetzt ein Signal dafür sein, dass ein großer Teil der Bevölkerung das nicht mehr mittragen möchte, sondern für eine progressive und weltoffene Politik einsteht. Ein Warnschild, das zeigt: Stopp, kein weiterer Rechtsruck. Kein Entgegenkommen.



In Berlin demonstrierten Bürger:innen unterschiedlicher Milieus gemeinsam gegen rechts. © REUTERS/ANNIGRET HILSE

Die Bundesregierung, aber auch die Unionsparteien können und dürfen das nicht ignorieren. Als vor einigen Jahren Pegida auf die Straße ging, handelte es sich nur um einige Tausende. Und selbst damals wurde monatelang in Talkshows darüber diskutiert, und ‚besorgte Bürger‘ wurden zum Gespräch geladen. Die Politik muss jetzt die Ängste und Nöte der Bevölkerung angesichts dieser massiven Protestpräsenz umso ernster nehmen.

Mehr zum Thema

→ **Kai Wegner nicht bei Demo gegen Rechtsextremismus Berlins**
Reinhold Biermeier hat eine Chance verpasst

- **Bundesweite Demos gegen AfD** Mehr als 900.000 Menschen gingen am Wochenende gegen Rechtsextremismus auf die Straße
- **Massenprotest gegen rechts** Es ist Zeit, die Demokratie zu feiern – und zu leben

Wie kann aus den einzelnen Protesten eine erfolgreiche Bewegung werden?

Wenn regelmäßig viele Menschen für ein gemeinsames Ziel demonstrieren, können sie damit den Diskurs und damit auch politisches Handeln beeinflussen. Zu sehen, dass viele andere Menschen die gleichen Überzeugungen teilen, kann zu einer kollektiven Identität und zu einem Aufbruchgefühl führen. Ich gehe davon aus, dass wir dieses Jahr mehr solcher Proteste sehen werden. Mit Europa- und Landtagswahlen ist 2024 auch ein politisch wichtiges Jahr.

Momentan sprechen wir aber noch nicht von einer Bewegung. Für eine Bewegung wäre es wichtig, wenn sich die Akteure auf eine gemeinsame positive Vision einigen, Strukturen schaffen und sich vor allem nicht über dritte Themen, wie den Nahostkonflikt, die Klimakrise oder ähnliches zerstreiten. Und sie müssten regelmäßig so viele Menschen wie am Wochenende zusammenbringen.

Zur Startseite

Das könnte Sie auch interessieren

Outbrain



Mini-Meuterei bei der EU Ist Viktor Orbán bald ohne EU-Stimmrecht?

Der ungarische Premier ist mit Abstand der größte Querschläger von Brüssel. Einige Europaabgeordnete wollen nun seine Macht eindämmen. Das ist leichter gesagt als getan.

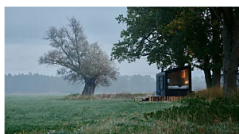


Berliner Mordfall Gerwald Claus-Brunner „Auf Veranstaltungen hatte er ein Kantholz dabei“

Vor acht Jahren tötete der Berliner Piraten-Politiker einen anderen Mann und sich selbst. Jetzt spricht sein einstiger Parteifreund Christopher Lauer über den Fall.



Telekom Telekom Internet-Tarife



Kleine Alltags-Fluchten aus Berlin Für eine Auszeit nach Brandenburg

Etwas Zeit mit sich selbst oder mit den besten Freunden verbringen. Oder einfach abschalten, zum...



Meine Orte Zwei deutsche Städte gehören zu den hässlichsten weltweit!



Angeblich zu wenig Drittmittel eingeworben Uni Potsdam kündigt Juniorprofessor – trotz fachlich guter Leistung

Hauptaufgabe eines Uni-Professors ist gute Lehre und Forschung. Johannes Ungelenk hat dies erfüllt, dennoch wurde ihm gekündigt. Uni-Präsident Oliver Günther steht nun in der Kritik.



Chefin des Landhauses Adlon in Potsdam Verbreitet diese Frau unter falscher Identität gefährliche Rassenideologie?

Auf radikal rechten Kanälen soll die Geschäftsführerin des Gästehauses als vermeintliche Biologin „Augusta Presteid“ auftreten. Sie dementiert dies, doch jetzt werden Vorwürfe öffentlich.

